

**Nationale Kommission zur Umsetzung des
Humanitären Völkerrechts,
Sitzung am 29. Jänner 2014;
Bericht**

Am 29. Jänner 2014 fand eine Sitzung der österreichischen Nationalen Kommission zur Umsetzung des Humanitären Völkerrechts statt. Folgende Themen wurden besprochen:

1. Bericht über das HVR-Seminar 2013 zum Thema Drohnen

Vertreter der Universität Graz, der Universität Linz, des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK) und des BMeiA berichteten über die guten Rückmeldungen über das Seminar „Drohnen im Anflug auf Österreich - Rechtliche Herausforderungen der Nutzung unbemannter Luftfahrzeuge für militärische und zivile Zwecke“, das am 6. Dezember 2013 in Graz stattgefunden hatte. Allgemein wurde das Seminar als erfolgreich bewertet. Überlegungen zum HVR-Seminar 2014 und möglichen Themen (automatische Waffen, Schutz von Kriegsberichterstatlern, cyber warfare ?) wurden angestellt.

**2. Bericht über die Initiative des IKRK und der Schweiz zu HVR-
Umsetzungsmechanismen, Tagung am 16./17. Dezember 2013 in Genf**

Das BMeiA berichtete über den Fortgang der Initiative betreffend Stärkung der HVR-Umsetzungsmechanismen (weitere Tagungen im April und im Juli in Genf).

Anmerkung: Hintergrundpapiere, Schlussfolgerungen des Vorsitz und Ausblick finden sich auf der Website des IKRK, <http://www.icrc.org/eng/what-we-do/other-activities/development-ihl/strengthening-legal-protection-compliance.htm> .

3. Webseite der österr. Nationalen HVR-Kommission

Unter <http://www.rotekreuz.at/site/hvr-kommission> ist seit Herbst 2013 eine Webseite der Nationalen HVR-Kommission eingerichtet. Auf der BMeiA-Webseite befindet sich ein Verweis darauf. Es wurde besprochen, ob auch die Universitäten auf die HVR-Webseite verlinken könnten.

**4. Allf. sonstiger Informationsaustausch zu relevante Aktivitäten im Bereich
des HVR**

- Umsetzung der Straftatbestände des Völkerstrafrechts im österr. StGB

Das BMeiA berichtete, dass derzeit an den Erläuterungen zum Gesetzestext gearbeitet wird.

- Tagung zu Inhaftierten in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten von 29.-31. Jänner 2013 in Genf

Das BMeiA berichtet, dass die Initiative des IKRK über Inhaftierte in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten auf Resolution 1 der 31. Rotkreuz- und

Rothalbmondkonferenz beruht und bereits mehrere Diskussionsrunden, auch unter österr. Beteiligung, stattgefunden haben.

- Einführung von Journalistenausweisen gemäß 1. Zusatzprotokoll in Ö

Das BMLVS berichtete über die Ausstellung von Journalistenausweisen, die mit der Novelle von § 55 Wehrgesetz möglich ist, die am 1. Jänner 2014 in Kraft getreten ist. Ö hat damit Art. 49 des 1. Protokolls zu den Genfer Konventionen umgesetzt.

- Erneuerung der HVR-Texte auf Deutsch im BMLVS

Das BMLVS berichtete, dass derzeit die interne HVR-Textsammlung auf Deutsch aktualisiert wird.

- Standardisierte HVR-Unterlagen im Rahmen der NATO

Das BMLVS berichtete, dass im Rahmen der NATO standardisierte Unterlagen zum Recht des bewaffneten Konflikts ausgearbeitet wurden. Dies geben den Anstoß, im BMLVS die internen Ausbildungsunterlagen und Erlässe zu überprüfen. Der Implementierungsprozess soll 2016 abgeschlossen sein.

- Lehrgang internationales Recht 2015

Das BMLVS berichtete, dass 2015 wieder ein Lehrgang Internationales Recht für Rechtsberater stattfinden wird. Dieser wird über das Verteidigungskolleg ausgeschrieben.

- Umsetzung des 2. Kulturgüterschutzprotokolls

Das BMLVS berichtete über die Umsetzung des 2. Protokolls zum Kulturgüterschutzübereinkommen. Mit diesem wurde ein zwischenstaatlicher Ausschuss errichtet, zu dessen Einrichtung Ö wesentlich beigetragen hat. Hauptaufgabe des Ausschusses ist es, Anträge auf erweiterten Schutz zu behandeln. Der Ausschuss macht auch Staaten darauf aufmerksam, Kulturgüterschutz in ihrem Strafrecht umzusetzen. In Ö wird die Umsetzung mit der in Aussicht genommenen StGB-Novelle erfolgen.

- Frage des Beitritts zum Tampere-Übereinkommen

Das BMeiA berichtete über eine interministerielle Sitzung im Herbst 2013. In dieser Sitzung wurden keine Einwände gegen einen österr. Beitritt erhoben, es ist jedoch auch keine Unterstützung ausgesprochen worden. Für weitere Schritte bedarf es einer Analyse der österr. Rechtslage, insbes. im Telekommunikationsbereich. Weiters ist eine Klärung der Frage der Privilegien und Immunitäten ausständig.

- Nuklearwaffen

Das BMeiA berichtete darüber, dass im Februar 2014 in Mexiko die Zweite Konferenz über den humanitären Aspekt von Nuklearwaffen stattfinden würde, an der sowohl Staaten als auch NGOs teilnehmen. Nach der Konferenz soll über weitere

konkrete Initiativen entschieden werden. Es wurde auf das österr. Regierungsprogramm verwiesen, das u.a. eine internationale Konferenz in Wien 2014/15 vorsieht.

Das ÖRK kündigte eine Veranstaltung zu Nuklearwaffen an, die es am 6. Februar 2014 gemeinsam mit ICAN Austria (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) veranstalten würde.